

Die sogenannten „Rückkehrer“ bildeten ein weitgehend unbekanntes, aber nichtsdestotrotz aufschlussreiches Kapitel in den deutsch-deutschen Beziehungen nach 1961. Wie kam es, dass Menschen, die unter hohem persönlichen Risiko aus der DDR geflohen waren, dorthin wieder freiwillig zurückkehrten? Und welche Rückschlüsse ergeben sich daraus für die beiden deutschen Staaten? War die Flucht in den Westen nicht immer eine Verbesserung? Mit Hilfe der Verhörprotokolle des Ministeriums für Staatssicherheit lässt sich nun ein genaueres Bild dieser „Wanderer zwischen den Welten“ zeichnen.

Gerhard Neumeier

„Rückkehrer“ in die DDR

Das Beispiel des Bezirks Suhl 1961 bis 1972

Thema dieser Untersuchung sind die „Rückkehrer“, also jene Personen, die nach dem Mauerbau am 13. August 1961 in die Bundesrepublik gingen, dort lebten und dann wieder in die DDR zurückkehrten. Im Zentrum stehen der Bezirk Suhl und hier vor allem die Zeit bis 1972 und die sogenannten „Sperrbrecher“, also jene Personen, welche die DDR aus der Sicht der SED „illegal verlassen“ haben, indem sie die Grenzsicherungsanlagen mit erheblichen persönlichen Risiken überwandern. Für diesen Personenkreis gebrauchten Partei und Staat in der DDR den Begriff „Rückkehrer“. In der vorliegenden Analyse wird von „Migranten“ bzw. „Migration“ gesprochen. Hierbei handelt es sich um neutrale Begriffe – im Gegensatz zu Bezeichnungen wie „Flüchtlinge“, „Vertriebene“, „illegale Grenzgänger“, „Emigranten“ oder auch „Rückkehrer“¹. Allerdings besteht auch beim Begriff Migration die Gefahr, dass er den repressiven Charakter der SED-Diktatur verwischt. Trotzdem wird er hier benutzt, da so die Methoden, Fragestellungen und Ergebnisse der historischen Migrationsforschung auf diesen Spezialfall angewandt werden können².

¹ Vgl. Marion Detjen, Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961–1989, München 2005, S. 48; Helge Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994, S. 23–36.

² Vgl. John Brown/Gerhard Neumeier, Working Class-Careers: On-the-Job Experience and Career Formation in Munich, 1895–1910, in: John Brown/David Mitch/Marco van Leeuwen (Hrsg.), Origins of the Modern Career: Career Paths and Job Stability in Europe and North America, 1850–1950, Aldershot 2004, S. 259–278; Leslie Page Moch, Moving Europeans. Migration in Western Europe since 1650, Bloomington 1992; Klaus Bade (Hrsg.), Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, München 1992; Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001; Mathias Bös, Zu den Grenzen der Politischen Steuerung von Grenzen: Nichtintendierte Folgen von Einwanderungs- und Staatsangehörigkeitsgesetzgebung, in: Armin Nassehi/Markus Schroer (Hrsg.), Der Begriff des Politischen, Sonderband Soziale Welt, Baden-Baden 2003, S. 585–604; Petrus Han, Soziologie der

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Bezirk Suhl – in dem knapp 550.000 Menschen (1987), also ca. drei Prozent der DDR-Bürger lebten – lag als Grenzbezirk geographisch, historisch und kulturell sehr „nah“ an der Bundesrepublik, auch war er aufgrund sprachlicher Entwicklungen eng mit Franken verwoben. Welches waren die sozialstrukturellen Merkmale der Migranten, welches ihre Motive? Welche politischen und sozio-ökonomischen Strukturen ermöglichten, erschwerten oder verhinderten die Integration in den jeweils anderen deutschen Teilstaat? Welche Sozialisationserfahrungen in der DDR begünstigten oder erschwerten die Integration? Die Zahl der Migranten in die DDR während der 1950er und 1960er Jahre wird in der Literatur mit ca. einer halben Million, davon zwei Drittel „Rückkehrer“, angegeben. Viel mehr Migranten, die aus der DDR in die Bundesrepublik kamen, blieben dort – ca. 3,5 Millionen Menschen³.

Die zentralen Quellen für diese Analyse sind die „Befragungsprotokolle“ der „Rückkehrer“, welche die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Suhl im Bezirksaufnahmeheim Schmalkalden nach der Ankunft der Migranten anfertigte. Die Fallstudie umfasst 105 Personen⁴. Gesetze und Dienstsanweisungen sowie Quellen von Einheiten der Staatssicherheit und schließlich Unterlagen aus dem Notaufnahmelager Gießen ergänzen die dokumentarische Basis. Die Quellen über das Notaufnahmelager Gießen erlauben Einblicke in die Gesamtzahl der Migranten aus der DDR, aus den sogenannten „Gebieten ostwärts der Oder/Neisse“, aus der ČSR sowie dem übrigen Ausland. Auch werden Alters- und Berufsstruktur sowie

Migration, Stuttgart 2005; Ulrike Schuerkens, Transnational Migrations and Social Transformations: A Theoretical Perspective, in: *Current Sociology*, July 2005, Vol. 53 (4), S. 535–553; Barbara Sonnenberger, Nationale Migrationspolitik und regionale Erfahrung. Die Anfänge der Arbeitsmigration in Südhessen 1955–1967, Darmstadt 2003; Charles Tilly, Transplanted Networks, in: Virginia Yans-McLaughlin (Hrsg.), *Immigration Reconsidered. History, Sociology, and Politics*, New York/Oxford 1990, S. 79–95; J. S. MacDonald/L. MacDonald, Chain Migration, Ethnic Neighborhood Formation, and Social Networks, in: Charles Tilly (Hrsg.), *An Urban World*, Boston 1974.

³ Vgl. Detjen, Ein Loch in der Mauer, S. 48; Andrea Schmelz, Migration und Politik im geteilten Deutschland während des Kalten Krieges. Die West-Ost-Migration in die DDR in den 1950er und 1960er Jahren, Opladen 2002, S. 13. Dabei handelt es sich um ca. 315.000 Rückkehrer.

⁴ Die Befragungsprotokolle befinden sich in: Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (künftig: BStU), Außenstelle (Ast.) Suhl; die Signaturen beziehen sich auf die Abteilung VII, so z. B. VII/9, im Folgenden werden nur die Ziffern hinter der „VII“ aufgelistet: 9, 10, 11, 15, 16, 54, 58, 62, 70, 71, 77, 78, 82, 83, 84, 91, 115, 116, 118, 119, 269, 328, 854/2, 855, 856, 857, 858, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 869, 871, 872, 875, 876, 877, 893, 1553, 1554, 1557, 1558, 1559, 1562, 1563, 1566, 1567, 1569, 1570, 1571, 1572, 1573, 1574, 1576, 1577, 1578, 1579, 1580, 1581, 1582, 1583, 1584, 1585, 1586, 1587, 1588, 1589, 1590, 1591, 1592, 1593, 1595, 1596, 1598, 1599, 1639, 1946, 1951, 1952, 1953, 1956, 1964, 1967, 1970, 1973, 1978, 1982, 1983, 1984, 1989, 1990, 1994, 2009, 2013, 2015, 2020, 2025, 2026, 2028, 2042, 2050, 2052. Auf diese Signaturen wird in Zukunft unter der Rubrik „Auswertung“ bei den Tabellen und in den Anmerkungen Bezug genommen. Die Fallzahl von 105 beinhaltet eine Fehlerquote von knapp 10 % und ist damit recht gering. Zur Art der Auswahl: Die in diesem Bestand vorliegenden Einzelfälle wurden nach der Verzeichnungsarbeit bis zu einer Fallzahl von 105 komplett in die Auswertung aufgenommen, es handelt sich also um ein stichprobenähnliches Verfahren, da sich im Bestand noch weitere Fälle befinden.

Geschlechtszugehörigkeit dieser Menschen erkennbar. Der Forschungsstand zu den Migranten aus der DDR in die Bundesrepublik bis zum Mauerbau ist ausgezeichnet, hierbei wurden vor allem die Migrationsgründe, die Rolle und der Ablauf der Notaufnahmeverfahren sowie die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Migranten untersucht⁵. Dem Thema „Rückkehrer“ widmete sich dagegen bisher nur eine Monographie, die sich freilich vor allem auf die 1950er Jahre konzentriert⁶.

Die politischen und sozioökonomischen Entwicklungen in den beiden deutschen Staaten während der 1960er Jahre

1960/61 steckte die DDR in einer Krise: sie hatte wirtschaftliche Schwierigkeiten, die Kollektivierung der Landwirtschaft war in vollem Gange und das Regime schlug einen härteren politischen Kurs ein, auch aufgrund der Berlin-Drohungen von Chruschtschow. Nach der sogenannten „Zweiten Staatsgründung“ der DDR durch den Mauerbau verkündete das Präsidium des Ministerrats im Juni 1963 das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“, das den Volkseigenen Betrieben größere Spielräume eröffnete. Die zugrundeliegende Idee war, „Plan und Markt so verbinden zu können, dass sie einander ergänzten und korrigierten“⁷. Die Effizienz der Wirtschaft durch „Modernisierung und Rationalisierung“ rückte also in das Zentrum der Überlegungen von Partei und Staat⁸. Obwohl es zwischen 1961 und 1965 Ansätze zu einer ökonomischen Stabilisierung gab, verbunden mit dem Anstieg des Lebensstandards⁹, waren die Lebenshaltungskosten im Jahr 1966 immer noch höher als in der Bundesrepublik, denn „die Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre zeigten den Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül“¹⁰. Ein wichtiger politischer Aspekt war auch, dass die SED das Verhältnis zwischen Staat und Jugend verbessern wollte¹¹. Die westliche Musik und das damit transportierte Lebensgefühl sowie der Wunsch nach Freiheit faszinierten viele Jugendliche der DDR¹².

Die Wanderungsströme in die Bundesrepublik seit 1945/1949, bestehend aus der Massenflucht sowie den Vertreibungen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, ferner die Migrationen aus der SBZ/DDR bis zum Mauerbau und

⁵ Vgl. Volker Ackermann, *Der „echte“ Flüchtling: deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961*, Osnabrück 1995, v. a. S. 126–145; Heidemeyer, *Flucht und Zuwanderung*, S. 54 ff.

⁶ Vgl. Schmelz, *Migration und Politik im geteilten Deutschland*.

⁷ André Steiner, *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül*, Berlin 1999, S. 557.

⁸ Ebenda, S. 223.

⁹ André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, München 2004, S. 151 ff.

¹⁰ Hermann Weber, *Geschichte der DDR*, München 1999, S. 240.

¹¹ Vgl. ebenda, S. 242.

¹² Diese Einschätzung geht auf Rene Hübner zurück, der mich auf diesen zentralen Aspekt für die Jugendlichen in der DDR hinwies, eine Einschätzung, die ich teile und die in der Forschung mittlerweile belegt ist. Vgl. beispielsweise Weber, *Geschichte der DDR*, S. 242.

schließlich die Zuzüge von „Gastarbeitern“ zur Deckung des Arbeitskräftemangels erforderten im Westen vielfache Integrationsleistungen¹³. Diese millionenfachen Migrationen waren auch eine Folge der seit dem Koreakrieg boomenden Wirtschaft. „Die Exportquote der westdeutschen Wirtschaft erhöhte sich von 10,7 % im Jahr 1950 auf 27 % 1970.“¹⁴ Zutreffend konstatiert Axel Schildt, dass sich von 1960 bis 1975 erhebliche wirtschaftliche Strukturveränderungen vollzogen, denn der Anteil der Erwerbstätigen im tertiären Sektor stieg von ca. 38 im Jahr 1960 auf ca. 47 Prozent im Jahr 1975¹⁵. Zudem wurde die Arbeitswelt „immer stärker von einer Welle der Rationalisierung in einer ‚technologischen Aufholphase‘“ bestimmt¹⁶. Der wirtschaftliche Erfolg in der Bundesrepublik basierte auch auf der Wiederherstellung des Vertrauens von Wirtschaft und Bevölkerung in den demokratischen Rechtsstaat¹⁷. Trotz des Mauerbaus vertieften sich in den 1960er Jahren die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen, politisch sind die Jahre 1961 bis 1969 als Übergangsperiode zu sehen, in der der Kalte Krieg sukzessive abflaute und die neue Ostpolitik Gestalt annahm¹⁸.

Interessen und Ziele der Staatssicherheit der DDR bei den Vernehmungen

Das 1950 gegründete Ministerium für Staatssicherheitsdienst (MfS) verstand sich als „Schild und Schwert der Partei“¹⁹. Es hatte drei zentrale Aufgaben: Auslandsspionage, Politische Geheimpolizei im Innern und Ermittlungsorgan der Staatsanwaltschaft. Zur Rolle des MfS als Überwachungsorgan gehörte neben der Bekämpfung der Opposition auch die „vorbeugende“ und tatsächliche Verhinderung von „Republikflucht“ sowie der Versuch, „Wissen aus den Rückkehrern zu ziehen“²⁰. Die Angst vor der Arbeit westlicher Geheimdienste, die sich die „Rückkehrer“ und „Zuziehenden“ zunutze machen könnten, war für SED und MfS vor allem nach dem Bau der Mauer ein wichtiges Motiv, die Kontrolle weiter zu verschärfen²¹.

¹³ Vgl. Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 161.

¹⁴ Wilfried Feldenkirchen, *Die deutsche Wirtschaft im 20. Jahrhundert*, München 1998, S. 32.

¹⁵ Vgl. Axel Schildt, *Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90*, München 2007, S. 30.

¹⁶ Ebenda, S. 31.

¹⁷ Vgl. Karl Hardach, *Deutschland 1914–1970*, in: Carlo M. Cipolla/Knut Borchardt (Hrsg.), *Europäische Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 5, Stuttgart/New York 1986, S. 76.

¹⁸ Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 534.

¹⁹ Jens Gieseke, *Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990*, München 2006, S. 96; eine frühe Abhandlung über das MfS bei Clemens Vollnhals, *Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung*, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 498–518.

²⁰ Jens Müller, *Übersiedler von West nach Ost in den Aufnahmeheimen der DDR am Beispiel Barbys*, Magdeburg (o. J.), S. 4.

²¹ So eine Diplomarbeit der Juristischen Hochschule Potsdam, in: BStU, *Archiv der Zentralstelle, MfS/Zentralarchiv*, Datum 15.9.1975, zum Thema „Die strukturelle Zusammensetzung und gesellschaftlichen Verhaltensweisen der in den Kreis Königswusterhausen seit dem 13.8.1961 aus Westdeutschland und Westberlin zurückgekehrten und zugezogenen Personen unter dem Gesichtspunkt der Taktik des ‚verdeckten Kampfes‘ des Gegners zur

In den seit der Mitte der 1950er Jahre errichteten Bezirksaufnahme-Heimen für Rückkehrer oder Zuziehende wurden Personen untergebracht, „deren Überprüfung länger andauerte oder deren wohnraum- und arbeitsmäßige Unterbringung Schwierigkeiten verursachte“²². In diesen Aufnahme-Heimen wollten das MfS und die Kriminalpolizei, Abteilung I, feindliche Agenten und „Kriminelle“ ausfindig machen²³. Die Kriminalisierung der „Rückkehrer“ durch die SED ging einher mit ihrer Stigmatisierung in der gelenkten Presse²⁴ und vor Gericht²⁵. Jede Vernehmung schlug sich im „Befragungsprotokoll“ standardisiert mit einigen Angaben zur Person des „Rückkehrers“ nieder: Name, Vorname, Geburtsort, letzte Tätigkeit in der DDR, letzter Wohnort in der DDR, letzte Tätigkeit in der BRD, letzter Wohnort in der BRD, Tag der Flucht, Tag der Rückkehr und Vorstrafen. Die Vernehmer fragten nach dem Verlauf der persönlichen, beruflichen und „gesellschaftlichen“ Entwicklung, dem Grund des „ungesetzlichen Verlassens“ der DDR, der Kenntnis anderer Personen über die „Republikflucht“, den „Vorbereitungshandlungen“ zum „illegalen Verlassen“ der DDR, der Art der Überwindung der Grenzsicherungsanlagen, dem Weg nach dem erfolgten „Grenzdurchbruch“, den Tätigkeiten und Wohnorten in der BRD sowie dem Grund für die Rückkehr in die DDR. Besonders wichtig waren diejenigen Fragen, die sich mit westlichen Staatsorganen – Zoll, Polizei/Grenzpolizei, Bundesnachrichtendienst (BND), Verfassungsschutz – beschäftigten, weil man so einer möglichen Spionagetätigkeit der „Rückkehrer“ begegnen und in Erfahrung bringen wollte, welche Informationen die Migranten bei ihren Befragungen in der BRD dem „Klassenfeind“ gegeben hatten. Folgende Themen waren für das MfS vor allem von Interesse: Inhalt und Art der Fragen der westlichen Dienststellen, Angaben der Rückkehrer gegenüber den westlichen Dienststellen, Verläufe der Aufenthalte in den Dienststellen von Zoll, Polizei/Grenzpolizei, BND, Verfassungsschutz und CIA (Central Intelligence Agency), Inhalt der Vernehmung im Notaufnahmelager Gießen sowie Inhalt der Antworten, genannte Gründe der Migration in die BRD und Begründung der Aufnahme in der BRD²⁶. Aus der Sicht der „Rückkehrer“ war die Vernehmungssituation sehr schwierig, denn fast alle wurden nach ihrer Ankunft in der Bundesrepublik von westlichen Geheimdienststellen zu unterschied-

Einschleusung von Agenten und der Schaffung von feindlichen Stützpunkten. Schlussfolgerungen für die Leitung der politisch-operativen Arbeit zur Bekämpfung von Untergrundtätigkeit“, Verfasser: Hauptmann Wählte, Datum des Abschlusses: 25. 11. 1965, S. 3f.

²² Ebenda, S. 4.

²³ BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-BdL 050998, Der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates am 15. 10. 1960: „Die Erfahrungen der bisherigen Aufnahme von Rückkehrern und Zuziehenden zeigen, dass die politische Betreuung erhebliche Mängel aufweist. Demzufolge ist beispielsweise der Anteil dieser Personen an der Kriminalität verhältnismäßig hoch und sind Schäden in der Volkswirtschaft entstanden. Die Betreuung dieses Personenkreises muss deshalb systematischer erfolgen, und Konzentrationen in Betrieben, Wohngebieten und Kreisen sind zu verhindern [...]“.

²⁴ BStU, Ast. Suhl, AU 685/62, Bd. 3, Zeitungsartikel im „Freien Wort“ mit der Überschrift „Republik-Verräter ohne Chancen“ vom 4. 9. 1961.

²⁵ Ebenda, Bd. 1.

²⁶ Zusammenfassung der Befragungsprotokolle, siehe hierzu Anmerkung 4.

lichsten Sachverhalten befragt²⁷ und antworteten oft sehr ausführlich, so dass ihre Aussagen aus der Sicht der DDR „Verrat“ darstellten. Die meisten „Rückkehrer“ hatten ihre erste Begegnung mit einem Geheimdienst also in der Bundesrepublik. Das Bundesamt für Verfassungsschutz befragte in westdeutschen Auffanglagern systematisch DDR-Flüchtlinge und erzielte so wichtige Erfolge bei der Spionageabwehr²⁸, wie viele „Rückkehrer“ bei den späteren Vernehmungen durch das MfS zugaben. Möglicherweise hatten sie schon im Notaufnahmелager Gießen Angst, dass dort Inoffizielle Mitarbeiter (IM) des MfS tätig seien – mit Recht, denn das MfS versuchte seit den 1950er Jahren im Notaufnahmелager Gießen Fuß zu fassen und hatte Erfolg damit²⁹.

Sozialstrukturelle Merkmale der Migranten

Bei denen, die bis zum Mauerbau aus der DDR flohen, wird fast immer der hohe Anteil der Akademiker – oft Ärzte, Lehrer und Ingenieure – sowie der Bauern hervorgehoben³⁰. Zwar wissen wir inzwischen, dass die Arbeiter prozentual am stärksten vertreten waren, doch ihre wirtschaftliche Bedeutung – es handelte sich oft um hochqualifizierte Facharbeiter – für die DDR wurde bis heute nicht angemessen gewürdigt³¹. Die berufliche Zusammensetzung der „Rückkehrer“ ist nur für die 1950er Jahre bekannt, hier spielten die Arbeiter eine ähnlich große Rolle³². In der Mitte der 1960er Jahre belief sich der Anteil der Arbeiter unter den in die DDR zurückgekehrten Migranten sogar auf zwei Drittel³³.

²⁷ Vgl. Ackermann, Der „echte“ Flüchtling, S. 150–153.

²⁸ Vgl. Patrick Wagner, Ehemalige SS-Männer am „Schilderhäuschen der Demokratie“? Die Affäre um das Bundesamt für Verfassungsschutz 1963/64, in: Gerhard Fürmetz/Herbert Reinke/Klaus Weinbauer (Hrsg.), Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969, Hamburg 2001, S. 170.

²⁹ Vgl. Damian van Melis, Republikflucht. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945–1961, München 2006, S. 59; Ingrid Franke, Einmal Gießen – und zurück, in: Jürgen Kleindienst (Hrsg.), Mauer-Passagen. Grenzgänge, Fluchten und Reisen 1961–1989. 46 Erinnerungen aus Ost und West, Berlin 2004, S. 310.

³⁰ Vgl. Ackermann, Der „echte“ Flüchtling, S. 184; Gerhard A. Ritter, Die menschliche „Sturmflut“ aus der „Ostzone“. Die Flucht aus der DDR und ihre Folgen für Berlin und die Bundesrepublik, in: Bettina Effner/Helge Heidemeyer (Hrsg.), Flucht im geteilten Deutschland, Berlin 2005, S. 33; Henrik Bispinck, Motive für Flucht und Ausreise aus der DDR, in: Ebenda, S. 52–61.

³¹ Vgl. van Melis, Republikflucht, S. 9f.; Dierk Hoffmann, Die Lenkung des Arbeitsmarktes in der SBZ/DDR 1945–1961. Phasen, Konzepte und Instrumente, in: Peter Hübner/Klaus Tenzfeld (Hrsg.), Arbeiter in der SBZ-DDR, Essen 1999, S. 73.

³² Vgl. Schmelz, Migration und Politik im geteilten Deutschland, S. 62. Im Jahr 1954 betrug der Anteil der Arbeiter etwa 40 %.

³³ Vgl. ebenda.

Tabelle 1: Erlerner Beruf bzw. Tätigkeit der „Rückkehrer“ in den Bezirk Suhl zum Zeitpunkt der Migration aus der DDR in die Bundesrepublik in Prozent (n = 105)

Schüler:	6,7
Lehrlinge:	27,6
Angelernte/Ungelernte Arbeiter:	26,7
Facharbeiter:	34,3
Angestellte:	2,9
Akademiker:	1,0
Sonstige:	1,0

Quelle: Berechnet aufgrund der empirischen Auswertung der Befragungsprotokolle, in: BStU, Ast. Suhl (dies gilt auch für die folgenden Tabellen).

Unsere Untersuchungsgruppe bestand also zu ca. 93 Prozent aus Erwerbstätigen, ein Vergleich mit den sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre im Notaufnahmelager Gießen befindlichen Personen zeigt, dass diese nur zu etwa 50 Prozent erwerbstätig waren³⁴. Die Gruppe der Lehrlinge bestand ausschließlich aus Industrie- und Handwerkslehrlingen. Die untersuchte Personengruppe bestand somit zu fast neun Zehnteln aus Arbeitern, die im Vergleich zum Anteil der Arbeiterschaft in der DDR also weit überrepräsentiert waren. Zudem handelte es sich bei den Migranten zu 95 Prozent um Männer³⁵. Auch bei diesen beiden Befunden sind wesentliche Unterschiede zur Vergleichsgruppe im Aufnahmelager Gießen festzustellen. Ihre berufliche Zusammensetzung ergab einen etwa 40- bis 45-prozentigen Anteil von Arbeitern, einen Akademikeranteil von ca. sieben bis zehn Prozent, einen Anteil von knapp 20 Prozent an Beschäftigten in Handels- und Verkehrsberufen sowie einen Anteil von ca. fünf bis zehn Prozent von Beschäftigten in „Gesundheits-, Körperpflege- und Volkspflegeberufen“³⁶. Auch die Geschlechterproportion wies eine andere Zusammensetzung auf, denn Frauen waren in Gießen zu etwas mehr als 50 Prozent vertreten³⁷. Daraus lassen sich einige vorsichtige Schlussfolgerungen ziehen: Männliche Erwerbstätige, vor allem aus der Arbeiterschaft, kehrten deutlich häufiger in die DDR zurück als Nichterwerbstätige und auch deutlich häufiger als Akademiker, Angestellte sowie andere Berufsgruppen und schließlich auch deutlich häufiger als Frauen. Da die Personen des Notaufnahmelagers Gießen sowohl auf legalem Weg als auch als „Sperrbrecher“ in die Bundesrepublik kamen, ist zu vermerken, dass die „Sperrbrecher“ häufiger in die DDR zurückkehrten als die sogenannten „Legalen“.

³⁴ Berechnet nach Bundesarchiv (künftig: BA) Koblenz, B 106/22334, Fiche 1 (Statistik, Gesamtübersicht – Quotenfälle, Juni 1969), Fiche 6 (Statistik, Gesamtübersicht – Quotenfälle, Juni 1967), Fiche 7 (Statistik, Gesamtübersicht – Quotenfälle, Juni 1966), und B 106/22335, Fiche 1 (Statistik, Gesamtübersicht – Quotenfälle, Juni 1970); Erwerbstätige: Juni 1969: 55,1%, Juni 1967: 49,2%, Juni 1966: 53,1%, Juni 1970: 50,2%.

³⁵ Ergebnis der Auswertung, siehe hierzu Anmerkung 4, der Anteil der Männer an der Arbeiterschaft in der DDR dürfte nur geringfügig über 50% betragen haben.

³⁶ Berechnet nach BA Koblenz, B 106/22334, Fiche 1, 6 und 7, sowie B 106/22335, Fiche 1.

³⁷ Berechnet nach ebenda.

Dass unsere Untersuchungsgruppe vor allem aus dem Arbeitermilieu stammte, zeigt sich auch mit Blick auf die Berufe der Eltern der Migranten. Die Väter kamen zu ca. acht Zehnteln aus der Arbeiterschaft, die Hälfte der Mütter der Migranten waren ebenfalls Arbeiterinnen³⁸. „Arbeitertypisch“ war noch ein dritter Aspekt – die Schulbildung. Knapp die Hälfte der Migranten hatte den Abschluss der 8. Klasse Volksschule, ein Viertel von ihnen erreichte nur die 7. Klasse Volksschule, ca. 15 Prozent beendete die Oberschule oder die 10. Klasse Polytechnische Oberschule, der Rest brach die Polytechnische Oberschule vorzeitig ab³⁹. Die Mehrzahl der untersuchten Migranten gehörte den Geburtsjahrgängen von 1943 bis 1948 an, die Elterngeneration dürfte also vorwiegend den Geburtsjahrgängen von 1920 bis 1925 angehört haben.

Die SED bewertete dieses klare Übergewicht von Arbeitern bei den Migranten vorwiegend als Ergebnis eines zu schwach ausgeprägten politischen Bewusstseins und auch als Folge der Propaganda der Bundesrepublik. In der „Arbeitsgesellschaft“ der DDR mit ihrer „betriebsgebundenen Erwerbsarbeit“⁴⁰, in der chronischer Arbeitskräftemangel herrschte, hatten vor allem die gut ausgebildeten und hochqualifizierten Facharbeiter eine hohe politisch-ideologische wie auch wirtschaftliche Bedeutung. Diese Arbeitskräfte in der DDR zu halten, war einer der Gründe für den Mauerbau. Viele Arbeiter waren jedoch mit der Versorgung und der politischen Kontrolle in der DDR unzufrieden; die Betriebe waren ja Teil der Erziehungsdiktatur und boten mit ihren hierarchischen Betriebsstrukturen kaum Entfaltungsmöglichkeiten⁴¹. Die boomende Wirtschaft der Bundesrepublik mit einer kaum zufriedenzustellenden Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften war für diese Arbeiter auch nach dem Mauerbau attraktiv.

Die Mitgliedschaft in der Partei und anderen Organisationen erlaubt kaum Rückschlüsse auf die politischen Einstellungen dieser Migranten in der DDR⁴². Auffällig ist aber, dass knapp sechs Prozent der Migranten vor ihrem Wegzug Mitglied der SED waren, dies bedeutet, dass auch formale Unterstützer der SED-Diktatur die DDR verließen⁴³.

Die Migranten stammten meist aus kleinen ländlich und kleingewerblich geprägten Orten, wie beispielsweise Dorndorf, Heldburg, Vacha, Neuhaus-Schierschnitz, Unterbreizbach, Walldorf, Eisfeld oder Frankenheim⁴⁴, wo der Anteil

³⁸ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

³⁹ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁴⁰ Peter Hübner, Diktatur und Betrieb in der frühen DDR (1949–1961), in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hrsg.), Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre, München 2003, S. 119.

⁴¹ Vgl. ebenda, S. 127 u. S. 130; Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung, S. 56; zur Erziehung siehe Verena Zimmermann, Den neuen Menschen schaffen. Die Umerziehung von schwererziehbaren und straffälligen Jugendlichen in der DDR (1945–1990), Köln/Weimar/Wien 2004.

⁴² Siehe Anmerkung 4, Auswertung: FDJ (Freie Deutsche Jugend) 64%, FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) 62%, die Mitgliedschaften in anderen gesellschaftlichen Organisationen spielten quantitativ nur eine geringe Rolle.

⁴³ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁴⁴ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

der Landwirtschaft an der Erwerbsstruktur hoch war und sich kaum alternative Beschäftigungsmöglichkeiten boten. Dies führte dazu, dass knapp 70 Prozent der späteren Migranten in einem anderen Ort arbeiteten als in ihrem Wohnort, meist in größeren Orten wie Suhl, Sonneberg und Meiningen⁴⁵. Ca. 75 Prozent arbeiteten in Volkseigenen Betrieben, Produktionsgenossenschaften des Handwerks, Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Maschinentraktorenstationen oder bei Post und Bahn, ein Viertel verdiente ihren Lebensunterhalt in Privatbetrieben⁴⁶. Die Beschäftigten hatten eine relativ starke Stellung, die Gründe hierfür „lagen einerseits in der Struktur des Arbeitsmarktes, vor allem im chronischen Arbeitskräftemangel, in der faktischen Unmöglichkeit für die Betriebe, Arbeitskräfte zu kündigen, sowie in der geringen Lohndifferenzierung und der geringen Attraktivität eines betrieblichen Aufstieges“⁴⁷. Bei den analysierten Privatbetrieben herrschten die Kleinbetriebe vor, bei den staatlichen Unternehmen dominierten die größeren Betriebe, wie z. B. der VEB Kalikombinat „Werra“, der VEB Simson Suhl oder der VEB Werkzeug- und Besteckfabrik Schmalkalden⁴⁸. Die vorherrschenden Branchen waren der Kalibergbau (10,4 Prozent) und die Baubranche (8,3 Prozent) sowie die Landwirtschaft, die Metallindustrie, die Lebensmittelindustrie und Post und Bahn⁴⁹. Aus einigen größeren Betrieben, wie dem VEB Kalischacht Merkers, kamen mehrere Migranten, wahrscheinlich ein Fall von beruflich-betrieblicher Kettenmigration.

Über die Hälfte unsres Samples hatte vor dem Wegzug in die Bundesrepublik nur eine Arbeitsstelle gehabt, knapp 16 Prozent hatten den Arbeitsplatz einmal gewechselt und ein Drittel ging an insgesamt drei oder mehr Arbeitsstellen ihrer beruflichen Tätigkeit nach⁵⁰. Zwar lag das auch an dem noch jugendlichen Alter der Migranten, doch werden hier auch die politischen und ökonomischen Vorstellungen der SED sichtbar. Diese wollte die Arbeitsplatzfluktuation gering halten und favorisierte den Aufbau von Stammbesellschaften, vor allem aus Kontroll- und Sicherheitsgründen, zu einem geringeren Teil aus Produktivitätsgründen⁵¹.

⁴⁵ Siehe Anmerkung 4, Auswertung. In Suhl beispielsweise arbeiteten acht Personen vor ihrer Migration in die Bundesrepublik, nicht eine Person hatte ihren Wohnsitz in der Bezirkshauptstadt. Dies unterstreicht die Bedeutung von Suhl im regionalen Arbeitsmarkt des Bezirks Suhl.

⁴⁶ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁴⁷ Martin Kohli, Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, S. 49.

⁴⁸ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁴⁹ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁵⁰ Siehe Anmerkung 4, Auswertung. Berufliche Entwicklung in der DDR: Anzahl der Stellen (n = 77) in Prozent: 1 Stelle 51,9%, 2 Stellen 15,6%, 3 Stellen 10,4%, 4 Stellen 3,9%, 5 Stellen 6,5%, 6 Stellen 7,8%, mehr als 6 Stellen 3,9%.

⁵¹ Zu Gegenbeispielen aus der Chemie mit hohen Fluktuationsraten siehe Francesca Weil, Betriebliches Sozialverhalten in der DDR der 70er und 80er Jahre am Beispiel zweier sächsischer Betriebe, in: Hübner/Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter in der SBZ-DDR, S. 326, und für die 1950er Jahre Alf Lüdtkke, „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur missmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, Sozialgeschichte der DDR, S. 196 u. S. 200.

Die Wahl des Arbeitsplatzes war in den 1950er Jahren nicht frei⁵², auch musste ein Teil der Arbeiter unterhalb ihrer Qualifikation arbeiten⁵³.

Das 5-km-Sperrgebiet

Einen Sonderfall bildete das 5-km-Sperrgebiet; dort lebten ca. 45 Prozent der Migranten vor ihrer Flucht in die Bundesrepublik⁵⁴, ein weiterer großer Anteil⁵⁵ wohnte nicht weit entfernt davon. Sie kannten dieses Gebiet und die Grenzanlagen sehr gut, sie hatten Kenntnisse über die Schwachstellen der Grenzsicherungsanlagen und gingen bei der Flucht ein vergleichsweise geringes Risiko ein. Wirtschaftlich dominierten im 5-km-Sperrgebiet Zweigbetriebe mit hohen Anteilen von weniger qualifizierten Beschäftigten, die beruflichen Möglichkeiten waren hier also noch bescheidener als in der übrigen DDR, während der politische Druck ungleich größer war, weil das Sperrgebiet genauer und flächendeckender überwacht wurde. Andererseits waren im Sperrgebiet die Familienverbindungen in die Bundesrepublik, vor allem in die grenznahen Regionen Bayerns und Hessens, noch sehr dicht. Eine Rolle könnten auch die Zwangsaussiedlungen im Sperrgebiet sowie in den benachbarten Gebieten in den Jahren 1952 und 1961 gespielt haben, von denen vor allem Gegner des SED-Regimes betroffen waren⁵⁶. In einzelnen Orten kam es 1952 zu erheblichen Protesten, die mit Gewalt beendet wurden. Insgesamt flohen aufgrund der Zwangsumsiedlungen des Jahres 1952 ca. 12.000 Menschen in die Bundesrepublik⁵⁷. Weitere folgten 1961. Viele junge Leute könnten von den Enteignungen und von anderen Repressionen, welche die Eltern, Verwandte oder Freunde und Bekannte erdulden mussten, gehört oder sie 1961 als Jugendliche und junge Erwachsene selbst erlebt haben. Die Eltern könnten „gebrandmarkt“ gewesen sein, ein Elternteil war oftmals selbst Flüchtling. Ferner wäre zu prüfen, welche Rolle einzelne Geistliche im 5-km-Sperrgebiet bei den Migrationen in die Bundesrepublik spielten⁵⁸. Das MfS beurteilte die ihm oft nicht geheueren Geistlichen im 5-km-Sperrgebiet so: „Sie üben auf die Bevölkerung bedeutenden Einfluss aus. Ihre staatspolitische Haltung be-

⁵² Vgl. Ackermann, Der „echte“ Flüchtling, S. 184.

⁵³ Vgl. Henrik Bispinck, „Republikflucht“: Flucht und Ausreise als Problem für die DDR-Führung, in: Hoffmann/Schwartz/Wentker, Vor dem Mauerbau, S. 298.

⁵⁴ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁵⁵ Es handelt sich um weitere knapp 30%; siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁵⁶ Zu den Zwangsaussiedlungen siehe Manfred Wagner, „Beseitigung des Ungeziefers...“. Zwangsaussiedlungen in den thüringischen Landkreisen Saalfeld, Schleiz und Lobenstein 1952 und 1961, Erfurt 2001, und Inge Bennewitz/Rainer Potratz, Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente, Berlin 1997.

⁵⁷ Inge Bennewitz, Zwangsumsiedlungen, Widerstand gegen, in: Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, Berlin/München 2000, S. 381 f.

⁵⁸ BStU, Ast. Suhl, AKG/13, Bl. 58. In Sünna, Pferdsdorf und Geisa waren drei Geistliche von der Bezirksverwaltung für Staatsicherheit Suhl als „negativ“ eingestuft worden; auch für andere Teile des 5-km-Sperrgebietes wird die Tätigkeit „negativer“ Geistlicher hervorgehoben, so in Empfertshausen, Bl. 59, oder in Sonneberg, Bl. 62. Von den 45 Geistlichen der evangelischen Landeskirchen im Sperrgebiet wurden 10 als „negativ“ eingeschätzt, Bl. 88.

stimmt auch die Haltung vieler Gläubigen in den Gemeinden.⁵⁹ Nach Manfred Wagner herrschte im 5-km-Sperrgebiet 37 Jahre eine Art Ausnahmezustand, es bestand de facto nur ein Wohnrecht auf Abruf, es gab die Pflicht zur Denunziation, fremde Personen waren zu melden und viele Einwohner des Gebietes, die Besuch einluden, bekamen Schwierigkeiten mit der Polizei⁶⁰. Diese Zwangsmaßnahmen dürften bei der Migration in die Bundesrepublik eine erheblich größere Rolle gespielt haben als dies später von den Migranten bei den Vernehmungen angegeben wurde.

Das Schicksal der Migranten in der Bundesrepublik

Ein Viertel der Migranten fand in der Bundesrepublik überhaupt keinen Arbeitsplatz, knapp zwei Drittel hatten einen Arbeitsplatz und nur 13 Prozent hatten zwei oder mehr Arbeitsstellen⁶¹. Der hoch erscheinende Anteil an Personen, der in der Bundesrepublik keine Arbeitsstelle hatte, relativiert sich dadurch, dass es sich dabei meist um Fälle handelte, die spätestens nach dem Durchlaufen des Notaufnahmelagers Gießen wieder zurück in die DDR gingen; dieser Personenkreis unternahm keine nennenswerten Versuche, sich in die Bundesrepublik zu integrieren. Diejenigen, die sich indes für einen Verbleib entschieden, konnten sich auf dem neuen Arbeitsmarkt schnell und problemlos zurechtfinden. Qualifizierte Arbeitskräfte waren gefragt. Gleichwohl stellt sich die Frage, von welcher Qualität die Arbeitsplätze dieser Migranten in der Bundesrepublik waren.

Tabelle 2: Letzte Tätigkeit in der DDR – Letzte Tätigkeit in der Bundesrepublik in Prozent (n = 98)

Exakt gleicher Beruf:	13,3%
Berufsniveau gehalten (Beruf/Branche gewechselt):	29,6%
Berufseinstieg gefunden:	6,1%
Berufsniveau gestiegen:	15,3%
Schüler – Keine Arbeit:	1,0%
Berufsniveau gesunken:	9,2%
Arbeit – Arbeitslosigkeit:	25,5%

Etwa zwei Drittel der Migranten aus der DDR konnten ihr einstiges Berufsniveau halten oder steigern, knapp zwei Drittel konnten Beschäftigungsverhältnisse eingehen, die ihnen gute Verdienste sicherten. Die Schüler aus der DDR schafften meist fast mühelos den Berufseinstieg, die ehemaligen Lehrlinge aus der DDR konnten ihre Lehre fortsetzen und sich beruflich qualifizieren oder sie konnten

⁵⁹ BStU, Ast. Suhl, AKG/13, Bl. 88. Einige Geistliche waren ebenfalls „Rückkehrer“ oder „Zuziehende“, Bl. 98f.

⁶⁰ Diese Beschreibung des Sperrzonenklimas stammt von Manfred Wagner, Geschichtswerkstatt Jena e.V., auf einem Vortrag am 4.6.2007 in Eisfeld über die Zwangsaussiedlungen; ich bedanke mich bei Herrn Wagner, dass ich diese Sequenz seines Vortrags hier aufnehmen durfte.

⁶¹ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

als angelernte Arbeiter ihr Geld verdienen. Die Migranten arbeiteten in der Bundesrepublik oft in kleineren und mittleren Unternehmen, sie waren kaum im Bergbau und kaum in der Landwirtschaft tätig, also in Branchen, die sonst für Zuwanderer aufgrund der schwierigen Umstellungsverhältnisse prädestiniert waren. Von einer „Unterschichtung“ konnte in der großen Mehrheit der Fälle keine Rede sein⁶². Nur ein geringer Anteil der Migranten arbeitete in Großunternehmen wie Bayer oder Bosch. Die Migranten aus der DDR arbeiteten beispielsweise als Bürogehilfe, Schlosser, Preisgestalter/Lagerleiter, Fleischer, Entwurfszeichner, Hilfsarbeiter, Mechanikerlehrling, Systembauer, Tischler, Signalarbeiter, Zimmerer, Elektroinstallateurlehrling, Busfahrer, Aufzugsmonteur, Anreißer oder Installateur⁶³. Wie in der DDR waren die meisten Migranten in der Bundesrepublik im Handwerk und in der Industrie beschäftigt. Auch die Palette der Arbeitgeber war breit und umfasste verschiedene Branchen sowie verschiedene Unternehmensgrößen, so beispielsweise die Fa. Zahnrad- und Kompressorbau in Coburg, die Kronacher Porzellanfabrik oder das Bamberger Hofbräu⁶⁴.

Die geringe Arbeitsplatzfluktuation der Migranten⁶⁵ hängt mit ihrer kurzen Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik zusammen, außerdem waren sie bestrebt, zunächst einmal richtige Arbeitspapiere zu bekommen⁶⁶. Zudem könnte es sich um einen Transfer der Gewohnheiten aus der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR handeln. In prosperierenden Volkswirtschaften scheinen hohe Fluktuationsraten von abhängig Beschäftigten die Regel zu sein, dies galt auch für die Bundesrepublik der 1960er Jahre. „Aufgrund der Abwerbung von Arbeitskräften im Zeichen der Hochkonjunktur setzte zugleich eine rege Wanderung zwischen den Betrieben ein. Jährlich wechselten fünf Millionen Arbeitskräfte den Betrieb, eine Fluktuationsrate von zeitweilig 25 Prozent der Beschäftigten.“⁶⁷ Dies lässt die Hypothese zu, dass die Migranten aus der DDR ihre beruflichen Chancen in der Bundesrepublik wenig nutzten.

⁶² Vgl. Han, *Soziologie der Migration*, S. 228.

⁶³ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁶⁴ Siehe ebenda.

⁶⁵ Siehe Tabelle 2.

⁶⁶ BA Koblenz, B 106/8512, Enquete des Jugendsozialwerks Tübingen, in der davon ausgegangen wurde, dass die jungen Erwachsenen zunächst den Willen hatten, auf dem ersten Arbeitsplatz in der BRD mindestens sechs Monate zu bleiben, um „ordentliche Arbeitspapiere zu haben“, außerdem wurde behauptet, dass diese Arbeitnehmer ihren ersten Arbeitsplatz zumeist in Klein- und Mittelbetrieben hatten.

⁶⁷ Schildt, *Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 31.

Tabelle 3: Wohnorte der Migranten in den Bundesländern der Bundesrepublik in Prozent (n = 105)

Bayern (Franken – Grenznähe):	20,0%
Bayern (Franken – Rest):	11,4%
Bayern (Altbayern/Schwaben):	9,5%
Hessen:	23,8%
Nordrhein-Westfalen:	14,3%
Baden-Württemberg:	10,5%
Andere Bundesländer:	10,5%

Die Migranten bevorzugten ganz offensichtlich Gebiete, die geographisch nahe an der DDR lagen, also Bayern und Hessen, und zu denen vielfältige familiäre Beziehungen existierten. Dies lässt sich am Beispiel kleinerer und mittelgroßer Orte im grenznahen Ober- und Unterfranken zeigen. Die Migranten gingen in Orte wie Neustadt oder Coburg, in denen schon Verwandte lebten, die bei der Arbeits- und Wohnungssuche behilflich sein konnten.

Etwa 36 Prozent⁶⁸ der Migranten aus der DDR hatten in der Bundesrepublik Verwandte, die entweder schon lange dort lebten oder in den 1950er Jahren dorthin gezogen waren. Es handelt sich hier zweifelsfrei um verwandtschaftlich bedingte Kettenmigrationen, unsere Migranten waren also Migranten der zweiten, teilweise auch der dritten Generation. Bei der Verwandtschaft in der Bundesrepublik ist auffällig, dass es sich in der Mehrzahl der Fälle um entferntere Verwandte wie Cousins, Onkel, Tanten oder Schwiegermütter handelte, während in der DDR weiterhin die Kern- bzw. Primärfamilie lebte. Dies würde erklären, warum sich auch jene Migranten, die Verwandte in der Bundesrepublik hatten, nach ihrer Familie in der DDR sehnten und auch aus diesem Grund dorthin zurückkehrten. Allerdings waren knapp zwei Drittel der hier betrachteten Migranten „Pioniermigranten“, d. h., sie hatten keine Verwandte in der Bundesrepublik.

Die Migranten – mit oder ohne Verwandte in der Bundesrepublik – gingen neben den Grenzgebieten in Westdeutschland vor allem in entferntere Großstädte mit expandierenden Arbeitsmärkten und hohen Freizeitwerten, wie etwa Nürnberg, München, Stuttgart, Frankfurt oder Hamburg, teilweise auch noch nach Schweinfurt, Fürth, Coburg oder Gießen⁶⁹. Dies relativiert die These, die Migranten hätten den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik nicht verstanden und dadurch Chancen verpasst.

⁶⁸ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁶⁹ Ebenda.

Tabelle 4: Wohnortgröße in DDR (n = 105)

Wohnortgröße in Bundesrepublik (n = 100)

Größer 100 000 Ew.:	1,9%	25,0%
20 000–100 000 Ew.:	14,3%	27,0%
5 000–20 000 Ew.:	21,0%	13,0%
1–5 000 Ew.:	62,9%	35,0%

Quelle: Auswertung und berechnet nach: Ortslexikon der DDR, Berlin 1958.

Die Migranten erlebten also einen „Kulturschock“, denn sie lebten ursprünglich größtenteils in kleineren Orten, auf keinen Fall in Orten, die in der Nähe einer Großstadt lagen. Nun kamen viele in westdeutsche Großstädte⁷⁰, die gute Beschäftigungsmöglichkeiten und Chancen zur beruflichen Qualifizierung boten, ferner vielfältige Konsummöglichkeiten und ein gutes Freizeitangebot. Zwischen den Dörfern und kleinen Städten der DDR und den westdeutschen Mittel- und Großstädten lagen Welten, die den Migranten viel abverlangten; gefragt waren Anpassungsfähigkeit und auch eine Bereitschaft zum kulturellen Wandel. Dies könnte einer von mehreren Gründen für die Rückmigration in die DDR gewesen sein. Viele Migranten scheinen mit den Verhältnissen in den vergleichsweise anonymen westdeutschen Großstädten zumal dann nicht zurechtgekommen zu sein, wenn sie dort keine Verwandten hatten und ihnen durch die Grenzanlagen der DDR und durch die Überwachungsmethoden der SED-Diktatur Kontakte mit ihrer Familie in der DDR so gut wie unmöglich gemacht wurden.

Interessante Einblicke in die Mentalität der „Rückkehrer“ ergeben sich auch bei einem Vergleich ihres Geburtsorts in der DDR mit dem Wohnort, an dem die Migranten vor ihrer Wanderung in die Bundesrepublik lebten. Bei fast der Hälfte waren Geburts- und Wohnort identisch und bei einem Viertel unserer Personen befanden sich Wohnort und Geburtsort in unmittelbarer geographischer Nähe⁷¹. Diese Zahlen sind ein Hinweis auf eine sehr niedrige geographische Mobilität zumindest im Bezirk Suhl. Die Menschen lebten in kleinmaschigen Beziehungsgeflechten familiärer, freundschaftlicher und beruflicher Natur. In den Mittel- und vor allem in den Großstädten der Bundesrepublik herrschten andere Strukturen, die Migranten aus der DDR konnten sich hier nicht auf soziale Beziehungsnetze stützen⁷². Ihre gewohnte Sesshaftigkeit als soziale und kulturelle Praxis, wie sie sie in der DDR erlernt hatten, dürfte ihre berufliche Karriere in der Bundesrepublik nicht gerade gefördert haben. Knapp zwei Drittel der Migranten hatte in der Bundesrepublik nur einen einzigen Wohnort, was darauf hindeutet, dass sich an ihrer geographische Immobilität nur wenig geändert hat. Zu allen Zeiten bildeten junge Menschen die mobilsten Teile einer Gesellschaft.

⁷⁰ Im Bezirk Suhl gab es selbst zu einem späteren Verstärkerzeitpunkt, im Jahre 1981, nur acht Orte, die mehr als 10.000 Einwohner hatten: Suhl 49952, Ilmenau 28809, Sonneberg 28 722, Meiningen 25 423, Bad Salzungen 20919, Schmalkalden 17342, Zella-Mehlis 14 479 und Hildburghausen 11 427, zusammengestellt nach BStU, Ast. Suhl, VII/4852.

⁷¹ Siehe Anmerkung 4, Auswertung, n = 105.

⁷² Vgl. Han, Soziologie der Migration, S. 12–15, S. 17–19 u. S. 70 f.

Tabelle 5: Alter: Bei Migration in die Bundesrepublik (n= 105) Bei Migration in die DDR (n = 105)

Bis 15:	9,5%	3,8%
16–20:	44,8%	45,7%
21–25:	18,1%	19,0%
26–30:	13,3%	17,1%
31–40:	8,6%	8,6%
Älter als 40:	5,7%	5,7%

Fast 75 Prozent unserer Personengruppe waren zum Zeitpunkt ihrer Migration in die Bundesrepublik höchstens 25 Jahre alt, es handelte sich zu 95 Prozent um junge Männer⁷³. Sie waren noch jünger als jene Migranten, die in den 1950er Jahren von der DDR in die Bundesrepublik kamen⁷⁴. Auch im Vergleich zur Alterspyramide in der DDR waren unter den Personen, die in die Bundesrepublik gingen, junge Menschen weit überrepräsentiert. Hier schien sich ein Trend fortzusetzen und zu verstärken, denn seit 1953 entwickelte sich die Migration aus der DDR in die Bundesrepublik immer mehr zu einer Art Jugendbewegung, der Anteil der Jugendlichen blieb konstant bei über 40 Prozent, und dies bei einem Bevölkerungsanteil in der DDR von ca. 16 Prozent⁷⁵. Vergleicht man die Alterszusammensetzung unserer „Rückkehrer“ mit der Altersstruktur der Personen im Notaufnahmelaager Gießen in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, fallen eklatante Unterschiede auf, denn nur etwa ein Viertel bis ein Fünftel der Personen war jünger als 25 Jahre, während hingegen die Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen etwas mehr als die Hälfte betrug und der Prozentsatz der über 64-Jährigen bei ca. 20 Prozent lag⁷⁶. Unsere Untersuchungsgruppe war also auch hinsichtlich der Altersstruktur atypisch für die Gesamtzuwanderung in die Bundesrepublik. Junge Menschen unter 25 Jahren gingen häufiger in die DDR zurück als Personen die älter als 25 Jahre waren. Der Faktor „Jugend“ muss also eine erhebliche Rolle bei der Rückwanderung gespielt haben.

Dabei war für die SED die Gewinnung der Jugend von zentraler Bedeutung; bereits bei der Durchsetzung ihres Machtmonopols in den Jahren 1946 bis 1949 spielte dieser Aspekt eine entscheidende Rolle. „Eine angepasste, von den sozialistischen Idealen zutiefst überzeugte, nicht zuletzt auch vom Hass auf den ‚Klassenfeind‘ erfüllte Jugend war das Idealbild der SED-Führung.“⁷⁷ „Nach der Staatsgründung sah es so aus, als ob das SED-Regime zunächst bereit sei, den He-

⁷³ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁷⁴ Vgl. Ritter, Die menschliche „Sturmflut“ aus der „Ostzone“, in: Effner/Heidemeyer (Hrsg.), Flucht im geteilten Deutschland, S. 33; Peter Skyba, Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 304 u. S. 308; Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung, S. 48.

⁷⁵ Vgl. Skyba, Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko, S. 304 u. S. 308.

⁷⁶ Berechnet nach BA Koblenz, B 106/22334, Fiche 1, 6 und 7, sowie B 106/22335, Fiche 1.

⁷⁷ Axel Janowitz, Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) als Thema im Schulunterricht, in: Christoph Hamann/Axel Jannowitz (Hrsg.), Feindliche Jugend? Verfolgung und Disziplinierung Jugendlicher durch das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 2006, S. 11.

ranwachsenden entgegenzukommen und den jugendfreundlichen Anspruch der DDR einzulösen.⁷⁸ SED-Führung und FDJ wollten 1949 die Arbeitsbedingungen und Bildungsmöglichkeiten für Jugendliche verbessern sowie das Angebot an Sport- und Freizeiteinrichtungen ausbauen⁷⁹. Tatsächlich litten die Jugendlichen in der DDR in den 1950er Jahren aber häufig darunter, dass sie über längere Zeit keinen Ausbildungsplatz hatten und nach einer Lehre in einem ungeliebten Beruf oft unterhalb ihrer Qualifikation arbeiten mussten. Auch das Freizeitangebot für die Jugendlichen ließ viele Wünsche offen. Nach dem Mauerbau „leitete die FDJ erneut eine repressive Phase ihrer Entwicklung ein, in der die Belange der Jugend vollständig hinter die Interessen des SED-Staates zurückzutreten hatten“⁸⁰.

Vor dem Mauerbau konnten sich die Menschen aus der DDR und der Bundesrepublik noch relativ problemlos besuchen. Gerade die Jungen in den Grenzbezirken wuchsen mit dieser Möglichkeit und den damit verbundenen Gewohnheiten auf. Für die 1950er Jahre fasst Skyba zusammen: „Eine große Anzahl Heranwachsender wanderte illegal nach dem Westen ab, um ihre Erwerbschancen zu verbessern. [...] In der DDR bereitete die Unterbringung von Jugendlichen in Lehrstellen und der Einsatz der Jungarbeiter an Arbeitsplätzen, die ihrer Ausbildung entsprachen und entsprechend vergütet wurden, Schwierigkeiten [...]“⁸¹ Er konstatiert weiter: „Verschiedene Jugendliche brachten zum Ausdruck, daß sie die Republik nicht verlassen und daß sie alles, was in der Republik geschaffen wird, anerkennen, aber daß sie herübergegangen sind, damit sie sich für ihr Geld etwas kaufen können.“⁸² Diese Faktoren trafen auch für die 1960er Jahre noch zu.

Die Aufenthaltsdauer der Migranten aus der DDR in der Bundesrepublik

Tabelle 6: Aufenthaltsdauer der Migranten aus der DDR in der Bundesrepublik in Prozent (n = 105)

Bis 30 Tage:	21,0%
1 Monat – 3 Monate:	26,7%
3 Monate – 1 Jahr:	28,6%
1–3 Jahre:	19,0%
3–5 Jahre:	3,8%
Mehr als 5 Jahre:	1,0%

Etwa drei von vier Migranten blieben höchstens ein Jahr in der Bundesrepublik, spätestens dann gingen sie wieder in die DDR zurück. Nach einer UN-Definition gehörten sie damit nicht zu dem Personenkreis, für den der Begriff „Migration“ eigentlich gedacht ist⁸³. Trotzdem scheint diese Bezeichnung angemessen, weil

⁷⁸ Skyba, Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko, S. 62.

⁷⁹ Vgl. ebenda.

⁸⁰ Ebenda, S. 418.

⁸¹ Ebenda, S. 312.

⁸² Ebenda, S. 313.

⁸³ Vgl. Han, Soziologie der Migration, S. 7.

die Überwindung von Mauer und Stacheldraht einen tiefgehenden Einschnitt im Leben bedeutete und weil die historische Migrationsforschung auch kurzfristige Wechsel zwischen Wohnorten in der überwiegenden Mehrheit als „Migrationen“ klassifiziert hat⁸⁴. Die relativ kurze Aufenthaltsdauer der meisten Migranten in der Bundesrepublik zeigt, dass sie sich nur sehr wenig Zeit gaben, sich in die neuen Verhältnisse zu integrieren. Im Gegensatz zu den meisten historischen Migranten – abgesehen von den Überseewanderungen – hatten unsere Migranten aufgrund von Mauer und Stacheldraht keinerlei Möglichkeit, ihre zurückgebliebenen Familien, Verwandten und Freunde zu besuchen. Die damit verbundenen Aspekte der Entwurzelung und der Einsamkeit⁸⁵ waren wahrscheinlich ausgeprägter als bei den meisten anderen transnationalen Migrationsprozessen, und dies, obwohl die Migranten die gleiche Sprache wie die Menschen in der Aufnahmegesellschaft sprachen, sie den Kulturkreis nicht wechseln mussten und sie meistens nach kurzer Zeit die gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie die Westdeutschen hatten.

Was verbirgt sich hinter dieser kurzen Aufenthaltsdauer? Antworten darauf können Korrelationen der Aufenthaltsdauer mit anderen Variablen geben⁸⁶. Aufschlussreich ist die beruflich-wirtschaftliche und die private Lebenswelt. Bei denjenigen Migranten, deren berufliches Niveau nicht gesunken war und die einen ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz hatten, ist festzustellen, dass sie länger in der Bundesrepublik blieben, vor allem kamen diese Migranten deutlich öfter über die ersten 30 Tage in der Bundesrepublik hinaus als der Schnitt⁸⁷. Eine leicht positive Korrelation ergab sich auch bei Personen, die – in engen Grenzen – beruflich aufstiegen⁸⁸. Eine nur schwach ausgeprägte Korrelation war hingegen zwischen Facharbeitern und angelernten/ungelernten Arbeitskräften feststellbar, die Aufenthaltsdauer war hier unabhängig von der Qualifikation, die Facharbeiter gingen sogar etwas eher zurück in die DDR⁸⁹. Keine Rolle spielte

⁸⁴ Dies gilt vor allem für Deutschland, vgl. ebenda, S. 8.

⁸⁵ Vgl. ebenda, S. 14 u. S. 17.

⁸⁶ Die Korrelationen zwischen der Aufenthaltsdauer und anderen Variablen werden dadurch hergestellt, dass die in Tabelle 6 genannte Struktur beibehalten und mit den Werten für die einzelnen Variablen verglichen wird, zusätzlich wird zur statistischen Kontrolle noch der Pearsonsche Korrelationskoeffizient berechnet. Die Werte bewegen sich von 0 bis 1, von 0,0 bis ca. 0,25–0,30 wird von keinem Zusammenhang ausgegangen, von 0,31 bis ca. 0,45–0,50 von einem schwachen Zusammenhang, von ca. 0,51–0,65 von einem mittleren Zusammenhang und bei Werten, die über 0,65 liegen, von einem starken Zusammenhang.

⁸⁷ Siehe Anmerkung 4, Auswertung. Die erste Prozentzahl gibt an, wie viel Prozent der in der untersuchten Untergruppe Personen in dem entsprechenden Zeitraum sich in der Bundesrepublik aufhielten, die zweite Prozentzahl bezieht sich auf den Durchschnitt: – 30 Tage: 5,1% (21,0%), 1 Monat – 3 Monate: 15,4% (26,7%), 3 Monate – 1 Jahr: 35,8% (28,6%), 1–3 Jahre: 33,3% (19,0%), mehr als 3 Jahre: 10,3% (4,8%), Pearson: 0,37.

⁸⁸ Siehe Anmerkung 4, Auswertung, ansonsten wie Anmerkung 87: – 30 Tage: 11,1% (21,0%), 1 Monat – 3 Monate: 33,3% (26,7%), 3 Monate – 1 Jahr: 33,3% (28,6%), 1–3 Jahre: 0,0% (19,0%), mehr als 3 Jahre: 22,2% (4,8%), Pearson: 0,35.

⁸⁹ Siehe Anmerkung 4, Auswertung, ansonsten wie Anmerkung 87: – 30 Tage: 30,0% (21,0%), 1 Monat – 3 Monate: 20,0% (26,7%), 3 Monate – 1 Jahr: 40,0% (28,6%), 1–3 Jahre: 10,0% (19,0%), mehr als 3 Jahre: 0,0% (4,8%), Pearson: 0,34.

offensichtlich das Alter der Migranten⁹⁰. Gab es Verwandte in der Bundesrepublik, ist ein starker Zusammenhang mit längerem Verbleib nur in der Anfangszeit erkennbar. Jene Personen, die Verwandte in der Bundesrepublik hatten, blieben länger; die anderen kürzer; der Faktor „Verwandte in der Bundesrepublik“ spielte also durchaus eine Rolle⁹¹. Hinsichtlich des Familienstandes können keine empirisch gesicherten Aussagen getroffen werden, die wenigen Einzelfälle, die untersucht werden konnten, lassen nur einen geringen Zusammenhang erkennen. Diejenigen Migranten, die in der DDR verheiratet waren und dort Frau oder Kinder zurückließen, kamen im Durchschnitt kaum früher in die DDR zurück. Auch schien ein Wohnort in Grenznähe eine schnellere Rückkehr in die DDR zu begünstigen⁹². Die Wohnortgröße in der Bundesrepublik hatte keinen Einfluss auf die Aufenthaltsdauer; was den Ergebnissen der Migrationsforschungen eigentlich widerspricht.

Das größte Problem waren offenkundig Schwierigkeiten bei der Integration in die Bundesrepublik, sie bildeten das stärkste Motiv zur Rückkehr in die DDR. Das lag auch in der Verschiedenartigkeit der beiden Systeme begründet, in denen unterschiedliche individuelle Fähigkeiten und Anpassungsleistungen erforderlich waren. Die SED verlangte unbedingte politische Loyalität, eigenständiges und damit potentiell abweichendes Denken und Handeln wurde im besten Fall geduldet, meist bestraft, Eigenverantwortlichkeit wurde nur im Hinblick auf Erfolge der Kollektive erlaubt. In der Bundesrepublik waren die Menschen in viel höherem Maße auf sich selbst gestellt. Die Migranten waren mehrheitlich in den 1950er Jahren von ihrer Familie, Schule, Partei und Staat sozialisiert worden. Obwohl nicht alle Sozialisationsinstanzen in dieselbe Richtung wirkten, wuchsen die späteren Migranten doch oft in einem „heimeligen“ Sozialklima auf – in der Bundesrepublik schien dieses zu fehlen.

Rückkehrgründe

Die in die DDR zurückgekehrten Migranten waren sicherlich bestrebt, ihre Flucht aus der DDR nicht politisch oder wirtschaftlich zu begründen. Insofern sind die Angaben gegenüber der Staatssicherheit mit Vorsicht zu genießen. Knapp zwei Drittel unserer Migranten gaben mehr als einen Grund für ihren Wegzug aus der

⁹⁰ Siehe Anmerkung 4, Auswertung, ansonsten wie Anmerkung 87. Es wurden zwei Gruppen gebildet: 1. Alter höchstens 20 und 2. Alter größer als 25: – 30 Tage: (1) 22,9%, (2) 35,3%, 1 Monat – 3 Monate: (1) 25,7%, (2) 5,9%, 3 Monate – 1 Jahr: (1) 20,0%, (2) 41,2%, 1–3 Jahre: (1) 25,7%, (2) 17,6%, mehr als 3 Jahre: (1) 5,7%, (2) 0,0%, Pearson: 0,27.

⁹¹ Siehe Anmerkung 4, Auswertung, ansonsten wie Anmerkung 87. Es wurden zwei Gruppen gebildet: 1. Verwandte in der BRD und 2. Keine Verwandten in der BRD: – 30 Tage: (1) 13,6%, (2) 30,8%, 1 Monat – 3 Monate: (1) 13,6%, (2) 17,9%, 3 Monate – 1 Jahr: (1) 36,4%, (2) 25,6%, 1–3 Jahre: (1) 27,3%, (2) 23,1%, mehr als 3 Jahre: (1) 9,1%, (2) 2,6%, Pearson: 0,52.

⁹² Siehe Anmerkung 4, Auswertung, ansonsten wie Anmerkung 87. Es wurden zwei Gruppen gebildet: 1. Grenznähe Orte und 2. Grenzferne Orte: – 30 Tage: (1) 33,3%, (2) 6,7%, 1 Monat – 3 Monate: (1) 4,8%, (2) 33,3%, 3 Monate – 1 Jahr: (1) 28,6%, (2) 33,3%, 1–3 Jahre: (1) 28,6%, (2) 20,0%, mehr als 3 Jahre: (1) 4,8%, (2) 6,7%, Pearson: 0,31.

DDR an⁹³; meist waren es Familienprobleme (40 Prozent), berufliche Probleme (ca. 28 Prozent), Kritik an den Verhältnissen in der DDR (ca. 17 Prozent), die Attraktivität der Bundesrepublik (22 Prozent) oder einfach „Abenteuerlust“ (11 Prozent)⁹⁴. Zu den „Familienproblemen“ gehörten Schwierigkeiten mit den Eltern oder Differenzen mit der Partnerin. Unter den Punkt „Berufliche Probleme in der DDR“ fielen: Schlechte Kaderpolitik, keine Lehrstelle im gewünschten Beruf, Schwierigkeiten im Betrieb, gewünschter Beruf konnte nicht ausgeübt werden, Spannung mit Brigadier oder Kündigung des Lehrverhältnisses. In der Rubrik „Kritik an den Verhältnissen in der DDR“ wurde angegeben: Kein Vertrauen in die DDR, negative Einstellung zur DDR, schlechte wirtschaftliche Verhältnisse, kein freies Leben oder Verärgerung über die DDR wegen Zwangsumsiedlung der Schwester. Zur „Attraktivität der BRD“ gehörten der erwartete berufliche Erfolg in der Bundesrepublik, grundsätzliche westliche Orientierung, bessere wirtschaftliche Verhältnisse oder die Realisierung des Berufswunsches. Der Begriff „Abenteuerlust“ verweist auf jugendspezifische Wünsche und auf mangelnde Freiheitsrechte hin. Subsummiert man die genannten Migrationsgründe unter die in der Migrationsforschung üblichen Push- und Pull-Faktoren⁹⁵, erweist sich die „Attraktivität der BRD“ als Pull- und die „Kritik an den Verhältnissen in der DDR“ als Push-Faktor. Schwer einzuordnen ist der Punkt „Familienprobleme in der DDR“. Diese wie Streitigkeiten wegen der Erziehung der Kinder oder sexuelle Affären gehören nicht zu den Gründen, die normalerweise eine Migration in einen anderen Staat nach sich zogen. Bei den „beruflichen Problemen in der DDR“ ging es vor allem um sozioökonomische Sachverhalte, die freilich das Ergebnis politischer Entscheidungen waren. So konnte beispielsweise „schlechte Kaderpolitik“ zur Folge haben, dass eine Tätigkeit weiter unter Qualifikationsniveau ausgeübt werden musste. Es gab noch weitere individuelle Gründe für die Migration in die Bundesrepublik: Wohnungsprobleme in der DDR, Sehnsucht nach Verwandten in der Bundesrepublik, Erwartung der Verhaftung wegen Westfernsehen, Empfindung des 5-km-Sperrgebietes als Schikane oder sogar Begeisterung für Münchner Fußballvereine⁹⁶.

Bispinck nennt als Gründe für Flucht oder Ausreise aus der DDR in den 1950er Jahren: politische Verfolgung, allgemeine Unzufriedenheit mit dem politischen und wirtschaftlichen System, private Motive wie den Wunsch nach Familiensammenführung. Dabei weist er darauf hin, dass private und wirtschaftliche Gründe nicht von den politischen getrennt werden können⁹⁷. „Oft hatte sich über Jahre eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Situation in der DDR angestaut,

⁹³ Siehe Anmerkung 4, Auswertung. Anzahl der angegebenen Gründe für die Migration in die BRD: 1 Grund: 31,1%, 2 Gründe: 45,6%, 3 Gründe: 13,3%, 4 Gründe: 7,8%, 5 Gründe: 2,2% (n=90), arithmetischer Durchschnitt: 2,04 Gründe.

⁹⁴ Siehe Anmerkung 4, Auswertung, n=90.

⁹⁵ Vgl. Han, Soziologie der Migration, S.15; Schmelz, Migration und Politik im geteilten Deutschland, S.41.

⁹⁶ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

⁹⁷ Vgl. Bispinck, Motive für Flucht und Ausreise aus der DDR, in: Effner/Heidemeyer (Hrsg.), Flucht im geteilten Deutschland, S.50.

und es bedurfte nur eines kleinen Anlasses – Ärger mit dem Vorgesetzten –, um die DDR zu verlassen.⁹⁸ Bispinck sieht hierfür vor allem zwei politische Gründe, die undemokratischen Verhältnisse in der DDR und die wirtschaftliche Überlegenheit der Bundesrepublik. Bei den privaten Gründen war der Wunsch nach der Zusammenführung von Familien am häufigsten⁹⁹. Die DDR-Bürger besaßen mit der Bundesrepublik eine wirtschaftlich prosperierende „alternative Heimat“, die Flucht führte nicht in die kulturelle Fremde, bedeutete nicht den Verlust staatlicher Ordnung und Protektion, und schließlich wurden die Neuankömmlinge in der Bundesrepublik als Staatsbürger betrachtet¹⁰⁰. Volker Ackermann fasst die Ergebnisse einer Analyse des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen aus dem Jahr 1961 über die Fluchtmotive wie folgt zusammen: Gewissensnotstände, Ablehnung von Aufträgen und Anforderungen der SED oder der Massenorganisationen, politische Gründe sonstiger Art wie Widerstand gegen das Regime, wirtschaftliche Gründe wie die Maßnahmen zur Verstaatlichung der privaten Wirtschaft oder Lohn- und Arbeitskonflikte sowie familiäre und persönliche Gründe wie Familienzusammenführung oder Differenzen in der Ehe¹⁰¹. Vergleicht man die Migrationsgründe von der DDR in die Bundesrepublik vor und nach dem Mauerbau, fallen zunächst die Gemeinsamkeiten auf. Die „beruflichen Probleme“ waren oft politischer Natur.

Auch die „Rückkehrer“ von der Bundesrepublik in die DDR nannten oft mehrere Ursachen für ihre Entscheidung, die neue Heimat wieder zu verlassen; genannt wurde die Familie in der DDR oder dass das Leben in der Bundesrepublik nicht den Erwartungen entsprochen habe¹⁰². Die Migranten gaben im Durchschnitt mehr Gründe an als bei der Migration von der DDR in die Bundesrepublik¹⁰³. Konnten diese Menschen abschätzen, was sie in der DDR erwartete, vor allem hinsichtlich einer Strafe wegen „Republikflucht“ und/oder „Spionage“? Das Strafmaß lag bei einer Freiheitsstrafe, in schweren Fällen der Spionage sogar bei einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe, bei Bewährung oder bei einer Geldstrafe. Warum gingen die Menschen dieses Risiko ein? Vereinzelt ist den „Befragungsprotokollen“ der Staatssicherheit zu entnehmen, dass die Befragten von westlichen Stellen auf das Risiko einer Gefängnisstrafe hingewiesen wurden. Vermutlich nahmen die „Rückkehrer“ eine Gefängnisstrafe in Kauf, wobei sie insgeheim wohl hofften, möglichst glimpflich davonzukommen. Dies zeigt, wie massiv ihre Gründe dafür waren, in die DDR zurückzukehren. Der Punkt „Familie in der

⁹⁸ Ebenda.

⁹⁹ Vgl. ebenda, S. 63.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 65; vgl. van Melis, Republikflucht, S. 7.

¹⁰¹ Vgl. Ackermann, Der „echte“ Flüchtling, S. 130.

¹⁰² In den 1950er Jahren wurden überwiegend familiäre und wirtschaftliche Gründe für Rückkehr und Zuzug in die DDR angegeben; vgl. Schmelz, Migration und Politik im geteilten Deutschland, S. 44. Vorliegende Stichprobe zu den häufigsten Migrationsgründen von der BRD in die DDR: „Familie in der DDR“ 64,5%, „Leben in der BRD entsprach nicht den Erwartungen“ 45,2%, „Aussicht auf ein besseres Leben in der DDR“ 37,1% (n=62), siehe Anmerkung 5, Auswertung.

¹⁰³ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

DDR“ umfasste mehrere Aspekte, etwa den Wunsch nach dem Zusammenleben mit Frau und Kind oder die Sehnsucht nach den Eltern oder Großeltern¹⁰⁴. Hier wird deutlich, welche Folgen die meist fehlenden Kontaktmöglichkeiten bei diesem Migrationsgeschehen hatten. In diesem Zusammenhang ist auch der Faktor Heimweh zu sehen. Die Rückkehrmotive, welche die Migranten in den Vernehmungen durch die Staatssicherheit angaben, sind daher nicht immer pauschal als „falsch“ einzustufen, denn „Heimweh“ und „Sehnsucht nach Familie und Freunden“ erschienen als Rückkehrgründe durchaus plausibel. Unter dem Punkt „Leben in der BRD entsprach nicht den Erwartungen“ wurden ebenfalls eine Reihe individueller Gründe aufgezählt: Geringer Verdienst, hohe Mieten, hohe Lebenshaltungskosten, Leben im Jugendwohnheim, unangenehmer Aufenthalt im Notaufnahmehager Gießen, keine Freunde in der Bundesrepublik, kein gutes Verhältnis zu Verwandten oder Einsamkeit¹⁰⁵. Die „Aussicht auf ein besseres Leben in der DDR“ wurde von den Migranten vor allem mit einer gesicherten Existenz und niedrigen Lebenshaltungskosten begründet. Oftmals sagten die Migranten, sie hätten bei der Flucht in die Bundesrepublik einen Fehler gemacht, sie seien betrunken gewesen und würden diesen Fehler bereuen¹⁰⁶. Zu fragen wäre, ob sie sich betranken und dann aufgrund einer „Schnapsidee“ in die Bundesrepublik gingen oder ob sie den Entschluss zum Verlassen der DDR schon vorher getroffen hatten und sich „Mut antrinken“ wollten¹⁰⁷.

Andrea Schmelz untersuchte die West-Ost-Migration vor dem Hintergrund arbeitsmarkt- und sicherheitspolitischer Überlegungen¹⁰⁸. Aus der Sicht der SED gingen viele „kriminelle/asoziale“ Menschen in die DDR, andererseits waren die Migranten als Arbeitskräfte durchaus begehrt¹⁰⁹. Insgesamt wechselten von 1962 bis 1968 knapp 44.000 Menschen von der Bundesrepublik in die DDR¹¹⁰, davon waren zwei Drittel „Rückkehrer“. Den zentralen Grund für die Remigration sieht Schmelz im persönlich-sozialen Bereich: „Ein beträchtlicher Teil der DDR-Zuwanderer/Flüchtlinge fühlte sich sozial isoliert, da es ihnen nicht gelang, Bindungen und Freundschaften in der Bundesrepublik aufzubauen. Häufig kehrten sie dann in die DDR zurück, um ihrer marginalen Situation und der Außenseiterposition

¹⁰⁴ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

¹⁰⁵ Siehe Anmerkung 4, Auswertung.

¹⁰⁶ Dies war letztlich Voraussetzung dafür, dass die Migranten wieder in die DDR integriert wurden; BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-BdL 050536, Dienstanweisung des Ministeriums des Innern vom 22. 10. 1960: „1. Die Aufnahme in die DDR kann gewährt werden: a) Rückkehrern, die das legale oder illegale Verlassen der DDR ehrlich bereuen und die Gewähr geben, dass sie in Zukunft die Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und die Gesetze der DDR achten sowie aktiv am sozialistischen Aufbau teilnehmen werden ...“.

¹⁰⁷ Siehe Anmerkung 4, Auswertung. Für den Hinweis zu dieser Problematik danke ich Thomas Morgenroth (BStU, Ast. Suhl).

¹⁰⁸ Schmelz, Migration und Politik im geteilten Deutschland, S. 24.

¹⁰⁹ Vgl. ebenda, S. 26.

¹¹⁰ Vgl. ebenda, S. 39f. (DDR-Statistik); dies würde für den Bezirk Suhl bedeuten, dass es sich um ca. 1300 Personen handelte oder – geschätzt – um ca. 2000 Personen 1961 bis 1972.

zu entgehen.“¹¹¹ Diese Gründe spielten auch bei unserer Personengruppe eine zentrale Rolle.

Bei den meisten Mitgliedern unserer Fallanalyse handelte es sich um junge Männer. In dieser Lebensphase „werden die Entscheidungen über Beruf, Eheschließung, Wohnort, Wohnform und Lebensstil getroffen, die den Platz des Mannes in der Erwachsenenwelt umreißen“¹¹². Auch der männliche Habitus dürfte bei der Entscheidung zur Flucht eine Rolle gespielt haben¹¹³. Oftmals wird in Konfliktsituationen schnell und nicht rational entschieden; ebenso ist die Suche nach riskanten Grenzerfahrungen relativ häufig¹¹⁴. Hinzu kamen Ärger am Arbeitsplatz oder Familienstreitigkeiten als Gründe für eine Migration in die Bundesrepublik. Trotzdem hatten ca. 90 Prozent der untersuchten Personen zum Zeitpunkt der Flucht keinerlei Vorstrafen, es handelte sich nicht um „Kriminelle“/„Asoziale“, wie es SED und MfS suggerieren wollten¹¹⁵.

Am wichtigsten aber war vermutlich, dass die Vertreter unseres Fallbeispiels nicht an den vergleichsweise bescheidenen ökonomischen Erfolgen partizipierten, welche damals die wirtschaftliche Entwicklung der DDR kennzeichneten. Eine große Rolle spielte auch, dass Verwandte oder gar Familienangehörige bereits in die Bundesrepublik geflohen waren¹¹⁶. Weiter fällt auf, dass in 50 Prozent der Fälle die Flucht mit einem Freund durchgeführt wurde¹¹⁷. Dies deutet auf die Existenz enger Freundeskreise hin, auf „Jugendpeergruppen“, welche die DDR kritisch betrachteten.

Verurteilungen der Migranten in der DDR und die weiteren Lebenswege in der DDR

Nach ihrer Rückkehr in die DDR und dem Aufenthalt im Bezirksaufnahme-Heim Schmalkalden wurde ein Teil der Migranten wegen „Republikflucht“ und/oder „Spionage“ angeklagt. Die eingesehenen Unterlagen lassen keine exakten Aussa-

¹¹¹ Ebenda, S. 48.

¹¹² Walter R. Heinz, Der Lebenslauf, in: Hans Joas (Hrsg.), Lehrbuch der Soziologie, Frankfurt a. M. 2001, S. 160.

¹¹³ Vgl. Lothar Bönisch, Männliche Sozialisation. Eine Einführung, Weinheim München 2004, S. 50.

¹¹⁴ Vgl. ebenda, S. 53, und Lothar Bönisch, Abweichendes Verhalten. Eine pädagogisch-soziologische Einführung, Weinheim/München 2006, S. 83.

¹¹⁵ Siehe Anmerkung 4, Auswertung. n = 40, Keine Vorstrafen und laufendes Ermittlungsverfahren wegen Vergehen gegen § 8 des StGB (Passgesetz): 15 %, Vorstrafen: 10 % (Diebstahl, unberechtigtes Benutzen eines Kraftfahrzeuges, Vernachlässigung der Fürsorgepflicht).

¹¹⁶ Dies war in knapp 40% der Personen der Fall (n = 46), meistens waren es Geschwister, zum etwas geringeren Teil ein Elternteil oder sonstige Verwandte; siehe Anmerkung 4, Auswertung.

¹¹⁷ Siehe Anmerkung 4, Auswertung. n = 46, davon flohen 21 (= 45,7 %) mit einem oder mehreren Freunden in die BRD; vgl. dazu Fritz Sack/Michael Lindenberg, Abweichung und Kriminalität, in: Joas (Hrsg.), Lehrbuch der Soziologie, S. 179, die auf Ronald Akers verweisen, „Der einzige und beste Voraussagefaktor für das Verhalten von Heranwachsenden, sei es nun konform oder abweichend, ist das Verhalten der engen Freunde“.

gen zu, wie groß der Anteil der Verurteilten war. Schätzungsweise die Hälfte der Migranten dürfte zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen zwischen zwei und acht Jahren verurteilt worden sein¹¹⁸. Die Verurteilten blieben bis zum Untergang der SED-Diktatur mehr oder weniger stigmatisiert¹¹⁹. Auch wenn sie wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert wurden, mussten sie oftmals in wenig attraktiven Branchen und unterhalb ihrer Qualifikation arbeiten¹²⁰. Dies galt auch für diejenigen Migranten, die ohne Gefängnisstrafen davorkamen und frühzeitig wieder arbeiteten¹²¹. Ein Teil der „Rückkehrer im 1. Durchgang“ verließ die DDR nochmals; sie hatten sich definitiv für die Bundesrepublik entschieden¹²². Die „Rückkehrer“ waren für das MfS interessant, denn viele von ihnen versuchte man als Inoffizielle Mitarbeiter anzuwerben¹²³. Aufgrund einer Schätzung kann davon ausgegangen werden, dass ein Fünftel der Migranten als IM für das MfS tätig wurde.

¹¹⁸ Siehe Anmerkung 4, Auswertung. Für Fälle, in denen dies möglich war, lagen oftmals keine Informationen vor.

¹¹⁹ Vgl. Schmelz, Migration und Politik im geteilten Deutschland, S. 274–276, S. 279 ff. u. S. 290–302.

¹²⁰ Ebenda, S. 273. Die Autorin spricht von einem schweren beruflichen Neuanfang für West-Ost-Migranten in der DDR, beispielsweise von deren Unzufriedenheit mit berufsfremdem Einsatz, einem zu geringen Verdienst und Einweisungen in Landgemeinden, „Den Hintergrund für die vorzugsweise Beschäftigung der West-Ost-Migranten in der Landwirtschaft, im Bergbau und als Bauarbeiter bildete die akute und permanente Nachfrage in diesen Wirtschaftssektoren“.

¹²¹ Hypothetisch kann formuliert werden, dass die Mehrzahl der „Rückkehrer“ keine beruflichen und sozialen Aufstiege erreichten; BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-BdL 014708, Anordnung des Ministerrates vom 14. 8. 1961: „[...]1c) Konzentrationen von Rückkehrern sind zu vermeiden. Sie dürfen nicht an Schlüsselfunktionen und besonders lebenswichtigen Anlagen in den Betrieben beschäftigt werden [...]“.

¹²² Hierzu wurden die Karteikarten zu den „Rückkehrern“ in der BStU, Ast. Suhl, ausgewertet, die Quote derjenigen, die nochmals in die BRD ging und dort verblieb, lag bei ca. 10–15%.

¹²³ Keine quantitative Auswertung vollzogen. Hinweise aus den Karteien der Ast. Suhl ergaben, dass das MfS eine Werbung in knapp einem Drittel der Fälle versuchte, denn IM-Vorlaufakten resp. IM-Akten hatten ca. ein Drittel der Migranten.